

Oelkers, J. (Hrsg.): Zeitgemäße Bildung. Herausforderung für Erziehungswissenschaft und Bildungspolitik. München 2006, S. 114-130

Trainen, H.: Reisen für behinderte Menschen. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Gesundheit, Band 113. Baden-Baden 1999

Vahsen, F.: Agency, Capability, Dialogische Soziale Arbeit und libertärer Paternalismus (Nudge). In: neue praxis 3/2010, S. 359-379

waldorf-ideen-pool. In: www.waldorf-ideen-pool.de/index.php?katid=797 – (Abruf am 1.10.2010)

Wilken, E.: Menschen mit Down-Syndrom in Familie, Schule und Gesellschaft. Marburg 2009

Wilken, U.: Selbstbestimmt leben II. Handlungsfelder und Chancen einer offensiven Behindertenpädagogik. Hildesheim/Zürich/New York 1999

Wilken, U.: Behinderung und Tourismus. Ein sozial-didaktisches Kursbuch zum Reisen von Menschen mit Handicap. Berlin 2002

Wilken, U.: Pädagogik der Freizeit und Behinderung. Grundlagen einer integrativen Sozial-Didaktik. In: Popp, R.; Schwab, M. (Hrsg.): Pädagogik der Freizeit. Baltmannsweiler 2003, S. 107-128

Wilken, U.: Aspekte einer zukunftsorientierten Bildung für ein Leben in Beruf und freier Zeit. Herausforderungen angesichts unterschiedlicher Lernausgangslagen im gegliederten Schulsystem. In: Popp, R. (Hrsg.): Zukunft: Freizeit: Wissenschaft. Wien 2005, S. 285-304

Wilken, U.: Freizeitbildung und Behinderung – Ethische Ansprüche und gesellschaftliche Widersprüche. In: Wilken, U. (Hrsg.): Freizeit – Ethik und Behinderung. Bedingungen und Möglichkeiten freizeitkultureller Teilhabe für Alle. In: Spektrum Freizeit – Forum für Wissenschaft, Politik und Praxis II/2006, S. 7-28

Wilken, U.: Freizeit und Kulturästhetik im Fokus Sozialer Arbeit. In: Mühlum, A.; Rieger, G. (Hrsg.): Soziale Arbeit in Wissenschaft und Praxis. Lage 2009, S. 242-253

Wilken, U.: Sexualität, Partnerschaft und Kinderwunsch bei geistiger Behinderung. In: heilpaedagogik.de – Fachzeitschrift des Berufs- und Fachverbandes Heilpädagogik 3/2010, S. 7-14

Wolfensberger, W.: Die Entwicklung des Normalisierungsgedankens in den USA und Kanada. In: Bundesvereinigung Lebenshilfe für geistig Behinderte e.V. (Hrsg.): Normalisierung – eine Chance für Menschen mit geistiger Behinderung. Marburg 1986, S. 45-62

Rundschau

► Allgemeines

Neu erschienen: DZI Spenden-Almanach 2010/11.

Der bekannte deutsche Spendenratgeber ist jetzt in seiner neuen Ausgabe erhältlich. Neben ausführlichen Einzelportraits der 270 Spenden-Siegel-Organisationen bietet der Almanach viele Spenden-Tipps sowie Fachbeiträge über eine kritische Bestandsaufnahme der „Goodwill-Gesellschaft“, Kontrollinstanzen im Spendenwesen sowie über Trends in der Professionalisierung von Non-Profit-Organisationen. Außerdem enthält der Reader zwei Beiträge britischer Autoren, welche die aktuelle Diskussion in Großbritannien über eine etwaige unterschiedliche Wertigkeit der verschiedenen gemeinnützigen Zwecke widerspiegeln. Der statistische Anhang gibt detaillierte Informationen über die Struktur sowie die Finanzen der 270 Siegel-Organisationen. Ihre jährlichen Sammlungseinnahmen beliefen sich 2008 auf insgesamt 1,6 Mrd. Euro. Der vom Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) herausgegebene Spenden-Almanach umfasst 412 Seiten. Er ist zum Preis von 12,80 Euro im Buchhandel (ISBN 978-3-9812634-3-5) oder über das DZI erhältlich. *Quelle: Pressemitteilung des DZI vom 9.12.2010*

Armutsgefährdung leicht angestiegen. Wie das Statistische Bundesamt auf Grundlage des Mikrozensus ermittelte, lag die bundesweite Armutsgefährdungsquote im Jahr 2009 bei 14,6 % und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr (14,4 %) geringfügig erhöht. Gemäß der in der EU üblichen Definition bezeichnet dieser Wert den Anteil derjenigen Personen, deren Nettoäquivalenzeinkommen unter Berücksichtigung von staatlichen Transferleistungen die Grenze von 60 % des Mittelwertes der Äquivalenzeinkommen aller Personen unterschreitet, einen Betrag, der in Deutschland im Jahr 2009 bei 801 Euro monatlich lag. Das Armutsrisiko betraf mit 37,8 % (Westdeutschland) und 46,9 % (neue Bundesländer und Berlin) auch im Jahr 2009 wieder in besonderem Maße Alleinerziehende und deren Kinder. *Quelle: Stimme der Familie 5.2010*

Dritter Freiwilligensurvey. Die Untersuchung im Auftrag des Bundesfamilienministeriums zeigt, dass mit 36 % mehr als ein Drittel der Menschen in Deutschland über 14 Jahre freiwillig oder ehrenamtlich aktiv ist. Über einen Zeitraum von zehn Jahren wurde die Entwicklung des freiwilligen Engagements in Deutschland beschrieben und es wird deutlich, dass Jugendliche eine der zivilgesellschaftlich aktivsten Gruppen sind und das größte Engagementpotenzial der Gesamtbevölkerung haben. Gleichzeitig ist jedoch ein leichter Rückgang ihres Engagements (1999: 37%; 2004: 36 %; 2009: 35 %) zu verzeichnen. Ältere Menschen sind dagegen in den vergangenen Jahren ehrenamtlich immer aktiver geworden. 37 % der 60- bis 69-Jährigen waren 2009 freiwillig engagiert, bei den über 70-Jährigen hat sich dieser Anteil sogar um fünf Punkte auf 25 % erhöht. Auffallend ist, dass ältere Menschen zunehmend

für die Gesellschaft wichtige Aufgaben in den Bereichen Soziales, Pflege und Betreuung übernehmen. Der Freiwilligensurvey ist die größte aktuelle Untersuchung zur Zivilgesellschaft und zum freiwilligen Engagement in Deutschland. Seit 1999 stellt er alle fünf Jahre umfangreiche und detaillierte Informationen zur Verfügung. Weitere Informationen und den Gesamtbericht finden Sie unter <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/engagementpolitik,did=121872.html>. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 29.11.2010*

Caritas startet neue Webseite für Ehrenamtliche.

Zum internationalen Tag des Ehrenamtes am 5. Dezember 2010 wurde die neu gestaltete Ehrenamtsseite der Caritas www.ehrenamt-caritas.de freigeschaltet. Über 2 000 Projekte in der Datenbank, die durch Eingabe der Postleitzahl gefunden werden können, laden zur Mitarbeit ein. Zu bereits bestehenden Projekten und Initiativen kann direkt Kontakt aufgenommen werden. Die Internet-Plattform bietet zusätzlich Hintergrundinformationen über Beispiele ehrenamtlichen Engagements und weist auf Veranstaltungen hin. Bundesweit sind derzeit mehr als eine halbe Million Menschen ehrenamtlich bei der Caritas tätig, 6 000 Besucher monatlich verzeichnen die Ehrenamtsplattformen in NRW. *Quelle: Pressemitteilung 139/2010 des Caritasverbandes für die Diözese Münster vom 4.12.2010*

20 Jahre deutsche Einheit. Wunsch oder Wirklichkeit. Hrsg. Statistisches Bundesamt. Selbstverlag. Wiesbaden 2010, 66 S., kostenlos *D-9334*

Anlässlich des 20. Jahrestages der deutschen Einheit informiert diese Broschüre über den Verlauf des Annäherungsprozesses von Ost und West und zeigt anhand graphisch aufbereiteter statistischer Daten erreichte Gemeinsamkeiten sowie fortbestehende Unterschiede auf. Im Mittelpunkt stehen neben den Strukturen und Entwicklungen der Bevölkerung die Themen Familie, Kinderbetreuung, Bildung, Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Darüber hinaus erfolgen Hinweise zu Veränderungen in Bezug auf Einkommen, Armutsgefährdung, Lebenssituation, Konsum, Wahlverhalten und Religion. Bestellschrift: Statistisches Bundesamt, Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden, Tel.: 06 11/75 45 53, E-Mail: poststelle@destatis.de

Neues Internetportal zu den Rechten von Menschen mit Behinderung. Die in Deutschland seit dem 26. März 2009 völkerrechtlich verbindliche UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung dient der Konkretisierung der Menschenrechte für Personen mit einem Handicap, wobei die Ziele der gesellschaftlichen Inklusion und der selbstbestimmten Teilhabe den Hauptakzent bilden. Um eine barrierefreie juristische Orientierung zu ermöglichen, bietet das Deutsche Institut für Menschenrechte in Berlin ein Internet-Portal zu den Inhalten des internationalen Vertrags, zu den Grundprinzipien und Anwendungsbereichen der Menschenrechte und zur Rolle des Staates bei deren Verwirklichung. Unter anderem finden sich hier Beiträge zu Themen wie freie Meinungsäußerung, Familie, Bildung, Arbeit und Gesundheit. Die beschriebene Website steht im Internet unter www.ich-kenne-meine-rechte.de. *Quelle: VdK Zeitung 12.2010/01.2011*

► Soziales

Vermittlungsgutscheine werden selten eingelöst. Von den jährlich fast 800 000 ausgegebenen Vermittlungsgutscheinen werden weniger als 10 % eingelöst, berichtet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Am ehesten profitieren von Vermittlungsgutscheinen Jüngere, Männer, Ostdeutsche, Personen mit Berufsausbildung, kurzer Arbeitslosigkeitsdauer und mehrjähriger Berufserfahrung. Gutscheininhaber und -inhaberinnen finden jedoch fünfmal häufiger ohne private Vermittlung einen Job. Von denjenigen, die einen Gutschein einlösen, bleibt nur knapp die Hälfte mindestens sechs Monate im vermittelten Job beschäftigt. Diese Quote stelle gegenüber 2004 eine Verbesserung dar, so die Forscherinnen und Forscher. Damals lag sie lediglich bei einem Drittel. Der Anstieg der Quote nach 2004 könnte laut IAB aber zum Teil auch auf die günstige Arbeitsmarktentwicklung in den Folgejahren zurückzuführen sein. Die Vermittlungsgutscheine gibt es seit 2002. Sie sollen den Wettbewerb zwischen öffentlicher und privater Arbeitsvermittlung stärken. Mit dem Gutschein können Arbeitslose einen privaten Dienstleister zur Stellensuche hinzuziehen. Die IAB-Studie steht im Internet unter: <http://doku.iab.de/kurzber/2010/kb2110.pdf>. *Quelle: Pressemitteilung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom 26.10.2010*

Drastische Einschnitte für das Programm „Soziale Stadt“. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags hat beschlossen, die Städtebauförderung ab 2011 um 150 Mio. auf 455 Mio. Euro und den Bundesanteil am Programm Soziale Stadt um rund 70 % zu kürzen. Zudem plant die Bundesregierung, zukünftig im Rahmen dieses Programms nur noch investive Maßnahmen zu fördern. Mit den Kürzungen geht die namensgebende Ausrichtung des Programms verloren. Gestartet ist das Programm 1999 nicht nur, um bauliche Missstände zu beseitigen, sondern auch, um sozialer Spaltung in den Städten entgegenzuwirken und Engagement sowie soziale Aktivitäten in benachteiligten Stadtquartieren zu fördern. Nachbarschaftliches Zusammenleben, Lebensbedingungen vor Ort sowie Zukunftschancen der Menschen werden durch das Programm mit seinem integrierten Ansatz verbessert. Mehr als 350 Gemeinden profitieren derzeit von dieser ganzheitlichen Programmausrichtung, die erfolgreich baulich-investive mit sozial-integrativen Maßnahmen verknüpft. *Quelle: Newsletter des Kooperationsverbundes „Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten“ vom 22.11.2010*

Verfassungsmäßigkeit der neuen Hartz-IV-Sätze bleibt umstritten. Die neuen Hartz-IV-Regelsätze und das Bildungspaket für Kinder stießen bei der Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales am 22.11.2010 auf ein geteiltes Echo. Während einige Sachverständige die neuen Sätze des Gesetzentwurfs der Fraktionen von CDU/CSU und FDP als transparent berechnet und verfassungskonform bezeichneten, zweifelten andere die Verfassungsmäßigkeit an. Die Bundesregierung habe nach Auskunft der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. und des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. eine „anerkannte Methode“ der Berechnung der Sätze benutzt. Gleichwohl äußerten die Sozialexperten und -expertinnen Kritik: Die veränderte

Berechnung des Regelbedarfs von Erwachsenen auf Grundlage der untersten 15 % der Einpersonenhaushalte anstelle der untersten 20 % sei zwar hinsichtlich der statistischen Zuverlässigkeit ausreichend, doch fehle jegliche Begründung für die Abweichung. Der Sozialverband Deutschland (SoVD) wies darauf hin, dass die sogenannten „verdeckten Armen“ nicht aus der Stichprobe herausgerechnet worden seien und dass bestimmte Berechnungsverfahren von Einpersonenhaushalten auf Familien übertragen würden. Das 700-Millionen-Euro-Bildungspaket für Kinder stieß bei der Mehrheit der Sachverständigen auf grundsätzliche Zustimmung. Einige Expertinnen und Experten warnten jedoch vor Parallelstrukturen zur schon bestehenden Kinder- und Jugendhilfe, wenn künftig auch die Jobcenter zuständig sein sollten. *Quelle: Heute im Bundestag vom 22.11.2010*

Leitfaden für Arbeitslose. Der Rechtsratgeber zum SGB III. Hrsg. Arbeitslosenprojekt TuWas. Fachhochschulverlag. Frankfurt am Main 2010, 702 S., EUR 15,- *DZI-D-9220* Als Fortsetzung des Arbeitsförderungsgesetzes regelt das Sozialgesetzbuch III (SGB III) seit dem Jahr 1998 sämtliche Leistungen und Maßnahmen der Arbeitsförderung und dient damit als rechtliche Grundlage für die Tätigkeit der Bundesagentur für Arbeit. Die überarbeitete 27. Auflage des Leitfadens für Arbeitslose beschreibt die derzeit geltenden Regelungen mit Stand vom 1. Mai 2010. Aktualisiert wurden insbesondere die Informationen zu den Themen Vermittlungsbudget, Nebenverdienst, Kurzarbeitergeld und berufliche Eingliederung. Die Handreichung wendet sich vor allem an Arbeitsuchende, Arbeitgebende, Anwältinnen und Anwälte sowie Fachkräfte in den Arbeitslosenzentren. Bestellanschrift: Fachhochschulverlag, Kleiststraße 10, Gebäude 1, 60318 Frankfurt am Main, Tel.: 069/15 33-28 20, E-Mail: bestellung@fhverlag.de

Ausbildungsgeld für behinderte Menschen. Der Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen (bvkm) bietet auf seiner Internetseite www.bvkm.de zwei neue Musterwidersprüche zum kostenlosen Herunterladen an. Hintergrund ist ein Urteil des Bundessozialgerichts vom 23. November 2010 (Az. B 8 SO 17/09). Nach diesem Urteil darf das Ausbildungsgeld in Höhe von monatlich 75 Euro, das behinderte Menschen erhalten, die im Berufsbildungsbereich einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) beschäftigt sind, nicht auf Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung angerechnet werden. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesverbands für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. vom 29.11.2010*

Hessisches Schwerbehindertenprogramm bis Ende 2012 verlängert. Das Hessische Schwerbehindertenprogramm, das zum Ziel hat, die Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben zu fördern, wird bis zum 31. Dezember 2012 verlängert und die Mittel werden auf insgesamt 15,4 Millionen Euro aufgestockt. Seit 2006 stehen jährlich 2,2 Mio. Euro aus der Ausgleichsabgabe für dieses Programm bereit. Bis Juni 2010 wurden so 461 zusätzliche Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt geschaffen. Das Arbeitsmarktprogramm „Unterstützte Beschäftigung“ hat zum Ziel, behinderte Menschen, insbesondere Schulabgänger und Schulabgängerinnen, mit

besonderem Unterstützungsbedarf unter Berücksichtigung der behinderungsbedingten Fähigkeiten und Fertigkeiten in ein angemessenes, geeignetes sozialversicherungs-pflichtiges Beschäftigungsverhältnis auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu integrieren und das Beschäftigungsverhältnis – gegebenenfalls mit unterstützender Begleitung – zu erhalten. *Quelle: Pressemitteilung des Hessischen Sozialministeriums vom 21.10.2010*

Sozialhilfeausgaben 2009. Nach Informationen des Statistischen Bundesamtes stiegen die staatlichen Ausgaben für Sozialhilfeleistungen in Deutschland im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr um 5,9 % auf insgesamt 23 Mrd. Euro an. Pro Kopf seien mit rechnerisch 255 Euro netto 14 Euro mehr als noch im Vergleichszeitraum 2008 aufgewendet worden mit neuerlich besonders hohen Beträgen für die Stadtstaaten Bremen (418 Euro), Hamburg (396 Euro) und Berlin (391 Euro). Von den Flächenländern verursachten Baden-Württemberg (188 Euro) und Sachsen (134 Euro) laut den Angaben die geringsten, Schleswig-Holstein (305 Euro) und Mecklenburg-Vorpommern (215 Euro) die höchsten durchschnittlichen Kosten pro Person. Etwas mehr als die Hälfte (57 %) der Gesamtsumme habe mit knapp 12 Mrd. Euro die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen in Anspruch genommen, gefolgt von der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (19 %) und der Pflege (14 %). Detaillierte Informationen zur länderspezifischen Zusammensetzung der Sozialausgaben bietet die Internetseite www.destatis.de (Links: Presse/Pressemitteilungen/Sozialleistungen). *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 22.10.2010*

Rentenansprüche und Hartz IV. Im Zuge der für das nächste Jahr geplanten Sparmaßnahmen sollen nach Plänen des Bundeskabinetts für die Zeit eines Alg-II-Bezuges künftig keine Rentenbeiträge mehr gutgeschrieben werden. Die Dauer der Arbeitslosigkeit gelte dann nur noch als unbewertete Anrechnungszeit, wobei für geringfügige Beschäftigungen in sogenannten Minijobs eine Ausnahmeregelung vorgesehen ist. Hier soll künftig die Möglichkeit bestehen, auf die Versicherungsfreiheit zu verzichten und durch Zahlung der Differenz zwischen Pauschalbetrag und Rentenversicherungsbeitrag vollwertige Rentenansprüche zu erwerben. Wer dies beabsichtigt, kann sich zur Klärung von Fragen hinsichtlich individueller Ansprüche und noch bestehender Wartezeiten an die zuständige Beratungsstelle des Sozialverbandes Deutschland wenden. Die Kontaktdaten der Landesverbände stehen im Internet unter www.sovd.de. *Quelle: SoVD Zeitung 12.2010*

Pläne zur Reformierung von Eingliederungshilfe und Pflege. Auf der 86. Konferenz der Arbeits- und Sozialminister der Bundesländer am 26. November 2009 wurde beschlossen, die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen zu reformieren und die Bundesregierung zu einer entsprechenden Gesetzesinitiative aufzufordern. Nach Auffassung des Bundesgesundheitsministeriums bedarf auch die Pflege einer Neuausrichtung. Um geeignete Konzepte für beide Bereiche vorzustellen, entwarf eine Projektgruppe der Bundesvereinigung Lebenshilfe das Positionspapier „Teilhabe und Pflege“, das ausgehend von einer Bestandsaufnahme des gegenwärtigen Leistungs-

spektrums einen Überblick über zukunftsorientierte personenzentrierte Ansätze beinhaltet. Betont wird das Interesse, die relevanten gesetzlichen Bestimmungen aus einer menschenrechtlichen Perspektive zu betrachten und weiterzuentwickeln. Das Positionspapier und eine Kurzfassung der wichtigsten Thesen finden sich auf der Website www.lebenshilfe.de (Rubrik Fachinformationen/ Teilhabe und Selbstbestimmung). *Quelle: Lebenshilfe-Zeitung 4.2010*

► Gesundheit

BGW-Gesundheitspreis 2011. Um die Präventionskultur in Unternehmen zu stärken, schreibt die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) in Hamburg dieses Jahr zum siebten Mal den BGW-Gesundheitspreis aus. Bewerbungen können sich bis zum 31. Januar 2011 Einrichtungen der Behindertenhilfe mit einem richtungsweisenden Engagement für den betrieblichen Gesundheitsschutz, deren Projekte mit einem Preisgeld von insgesamt 45 000 Euro honoriert werden. Der auf der Website des BGW zu findende Teilnahmebogen orientiert sich an den Bestimmungen des „Europäischen Netzwerkes für betriebliche Gesundheitsförderung“ und beinhaltet Fragen zum Stellenwert der Gesundheit der Beschäftigten in der Betriebspolitik, der Personalpolitik und der Arbeitsorganisation. Weitere Informationen unter www.bgw-online.de (Links: Veranstaltungen/BGW forum/ BGW forum 2011/Gesundheitspreis). *Quelle: Presseinformation der BGW vom 15.11.2010*

Neue Berufskrankheiten. In Anpassung an aktuelle medizinische Erkenntnisse wurde gemäß einer am 1. Juli 2009 erlassenen Verordnung die Liste der offiziell von der Bundesregierung anerkannten Berufskrankheiten um fünf Diagnosebefunde erweitert. Die von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin veröffentlichte Zusammenstellung beinhaltet nun auch Erkrankungen des Blutes durch Benzol, Kniegelenksarthrose, Lungenkrebs durch Kohlenwasserstoffe oder Asbestfaserstaub sowie Lungenfibrose durch langjährige Einwirkung von Schweißrauchen und Schweißgasen. Bei einem begründeten Verdacht auf eine Berufskrankheit sind Unternehmen und Ärzteschaft verpflichtet, den Unfallversicherungsträger oder eine für den gesundheitlichen Arbeitsschutz zuständige Stelle zu informieren. Die vollständige Liste der Berufskrankheiten findet sich im Internet unter www.baua.de (Links: Publikationen/Faltblätter). *Quelle: Die BKK November 2010*

Weiterdenken – Heilpädagogik. Menschen. Rechte. Tagungsbericht 2009. Hrsg. Berufs- und Fachverband Heilpädagogik e.V. (bhp) Selbstverlag. Berlin 2010, 138 S., EUR 14,50 *DZI-D-9276*

Die 43. Bundesfachtagung des Berufs- und Fachverbandes Heilpädagogik e.V., die im November 2009 in Dresden stattfand, befasste sich mit Menschenrechtsfragen und deren Umsetzung, wobei vor allem die Situation von Personen mit Behinderung oder chronischer Krankheit und von Kindern in ärmeren Ländern und Krisengebieten im Mittelpunkt stand. Thematisiert wurden die Grundzüge der im Mai 2008 in Kraft getretenen UN-Behindertenrechtskonvention, der UN-Kinderrechtskonvention und der im Jahr 2005 verabschiedeten Charta der Rechte

hilfe- und pflegebedürftiger Menschen. Einzelne Beiträge der Dokumentation befassen sich mit der Betreuung von Kindern mit Diabetes, der Heilpädagogik in Regelschulen, dem Persönlichen Budget, der Reintegration von Kindsoldaten in Liberia, den Gefahren durch Streubomben oder Landminen und der schulischen Bildung von Kindern in Burkina Faso. So bietet die Veröffentlichung einen facettenreichen Einblick in Zusammenhänge zwischen den Menschenrechten und damit verbundenen Begriffen wie Menschenwürde, Teilhabe und Integration. Bestellanschrift: bhp, Bundesgeschäftsstelle, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/40 60 50-60, E-Mail: info@bhp-online.de

Gesundheitssurvey 2009. Mit dem Ziel, differenzierte Informationen zur gesundheitlichen Situation der bundesdeutschen Bevölkerung zu ermitteln, realisierte das Robert Koch Institut im Zeitraum von Juli 2008 bis Juni 2009 die Studie „Gesundheit in Deutschland 2009“ (GEDA 2009), in deren Rahmen 21 262 Personen im Alter zwischen 18 und 100 Jahren zu durchschnittlich 183 Fragen telefonisch interviewt wurden. Ein Abgleich mit anderen seit dem Jahr 2003 unternommenen Surveys ermöglicht Beobachtungen zu längerfristigen Entwicklungen im Hinblick auf die Prävalenz einzelner Erkrankungen, wie unter anderem Asthma, Depression, Diabetes, Arthritis und Arthrose sowie visuelle oder auditive Beeinträchtigungen. Das empirische Interesse galt auch der Erhebung statistischer Daten zu gesundheitsrelevanten Verhaltensweisen, zur Inanspruchnahme von Präventionsangeboten wie beispielsweise Impfungen, zur Häufigkeit von Arztbesuchen oder Krankenhausaufenthalten und zum Einfluss von Faktoren wie Alter, Geschlecht, Bildung und Wohnort auf den Gesundheitszustand. Die in Form von themenspezifischen Faktenblättern systematisch aufbereiteten Ergebnisse finden sich im Internet unter der Anschrift www.gbe-bund.de (Links: Gesundheitsberichterstattung/Daten aus Deutschland/ Datenquellen anderer Datenhalter/Gesundheit in Deutschland aktuell – Telefonischer Gesundheitssurvey GEDA). *Quelle: G+G Wissenschaft 4.2010*

► Jugend und Familie

Kita-Anspruch 2013. Nach Auffassung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) ist der ab August 2013 vorgesehene Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für ein- bis dreijährige Kinder nicht abgesichert, denn es stehe zu befürchten, dass die geplante Kapazitätserweiterung auf 35 % nicht ausreiche, die steigende Nachfrage zu erfüllen. Um dem für das Jahr 2013 zu erwartenden Bedarf gerecht werden zu können, fordert der DStGB, die den Kommunen durch die Schaffung von Kita-Plätzen entstehenden Kosten in vollem Umfang auszugleichen. *Quelle: Stimme der Familie 4.2010*

Deutsches Schulsystem benachteiligt Kinder mit Behinderungen. Nach Ansicht von Bildungsexperten und -expertinnen benachteiligt das stark selektiv ausgerichtete deutsche Schulsystem Menschen mit Behinderungen und verstößt damit gegen die UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen. Die Lern- und Sprachbehinderten blieben als größte Gruppe per se von vornherein ausgeschlossen, weil die Regelschulen überfordert seien, ein adäquates Bildungsangebot zu gewährleisten, kriti-

sierten acht Fachpersonen, die der Unterausschuss des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in eine öffentliche Anhörung eingeladen hatte, um mit ihnen über die Umsetzung und die Folgen der UN-Konvention und die Bedeutung für das Bildungswesen zu diskutieren. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist seit Mai 2008 in Kraft und wurde auch von Deutschland ratifiziert. Zentrale Forderung ist die soziale Inklusion, also die Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in den Alltag und in die Bildung. *Quelle: Heute im Bundestag vom 12.11.2010*

Eine bessere Welt für alle Kinder. Von Burkhard Gnärig. Hrsg. Forum for Active Philanthropy. Selbstverlag. Berlin 2010, 87 S., kostenlos *DZI-D-9141* Weltweit sterben Millionen von Kindern an Hunger, verlieren ihr Leben im Krieg, werden Opfer sexuellen Missbrauchs oder sind gezwungen, gesundheitsgefährdende Arbeiten zu verrichten. Um privaten Spenderinnen und Spendern die Orientierung zu erleichtern, bietet diese Publikation eine komprimierte Übersicht zu Themen wie Armut, Mangelernährung, Gesundheit, Bildung, bewaffnete Konflikte, Kinderarbeit, Sklaverei und Kinderhandel. Im Mittelpunkt steht die Situation von Straßenkindern, Waisenkindern, Kindern in Notsituationen und Katastrophen und Kinderflüchtlingen. Wer sich persönlich engagieren möchte, findet hier Entscheidungshilfen und Hinweise zur Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen. Bestellanschrift: Forum for Active Philanthropy – inform inspire impact gGmbH, Monbijouplatz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030/24 08 82 40, E-Mail: info@active-philanthropy.org

Familien Report 2010. Leistungen, Wirkungen, Trends. Hrsg. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Selbstverlag. Berlin 2010, 142 S., kostenlos *DZI-D-9208* Der jährlich vom Bundesfamilienministerium herausgegebene Familienreport bietet einen umfassenden Überblick über aktuelle Entwicklungen in den Bereichen Familie und Familienpolitik in Deutschland. Die diesjährige Ausgabe berichtet über Werte und Einstellungen, über Zeitverwendung und Zeitbedarf von Familien, die Balance zwischen Familienleben und Beruf sowie entsprechende staatliche Leistungen im europäischen Vergleich. Darüber hinaus befasst sich die Studie mit der Situation von Alleinerziehenden und beschreibt politische Instrumente der Einkommenssicherung und Armutsreduzierung. Eigens betrachtet wird erstmals die spezifische Lebensrealität von Familien mit einem Migrationshintergrund. Bestellanschrift: Publikationsversand der Bundesregierung, Postfach 48 10 09, 18132 Rostock, Tel.: 018 05/77 80 90, E-Mail: publikationen@bundesregierung.de

Wachsende Inanspruchnahme der Kindertagesbetreuung. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, ist die Zahl der bundesweit in einer Kindertagesbetreuung untergebrachten Kinder unter drei Jahren gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 55 000 angestiegen und lag im März 2010 mit rund 472 000 bei insgesamt 23,1 %, was gegenüber dem Vorjahr einem Zuwachs von 2,7 % entspricht. In den ostdeutschen Bundesländern war die Betreuungsquote mit 48,1 % unverändert fast dreimal so hoch wie im Westen, wobei Sachsen-Anhalt (56 %),

Brandenburg (51,0 %) und Mecklenburg-Vorpommern (50,8 %) an der Spitze lagen. Die niedrigsten Betreuungsquoten wurden in Nordrhein-Westfalen (14 %) und Niedersachsen (15,9 %) gemessen. In der um 31 000 Kinder geschrumpften Altersgruppe der Drei- bis unter Sechsjährigen habe sich die Betreuungsquote von 92,0 % im Jahr 2009 auf gegenwärtig 92,6 % erhöht. *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 10.11.2010*

Handbuch zur Trauerarbeit. Als Begleitung für Kinder und Jugendliche, die einen nahestehenden Menschen verloren haben, eröffnete die Johanniter-Unfallhilfe seit dem Jahr 2005 in mehreren Städten wie München, Lüdenscheid, Frankfurt, Bochum und Darmstadt Gruppenstunden in sogenannten Trauerzentren. Diese im November dieses Jahres unter dem Namen „Lacrima“ (lateinisch: Träne) zusammengeführten Einrichtungen bieten die Möglichkeit, der Trauer durch Rituale sowie sportliche und kreative Aktivitäten Ausdruck zu verleihen. Darüber hinaus leistet Lacrima Aufklärungsarbeit für Eltern und Bezugspersonen. Wegen des großen Zulaufs wird das Konzept nun zur Nachahmung empfohlen, wofür ein Handbuch mit dem Titel „Leitfaden Lacrima“ erarbeitet wurde, das unter der Web-Anschrift www.johanniter-internet.net im Intranet der Johanniter-Unfallhilfe zu finden ist. *Quelle: aktiv 11/12.2010*

Anstieg der Väterbeteiligung beim Elterngeld. Laut Informationen des Statistischen Bundesamtes hat sich der Anteil von Vätern, die Elterngeld beziehen, leicht erhöht. Die zugrunde liegende Erhebung beruht auf einem Vergleich des Elterngeldbezugs für die im ersten Halbjahr 2009 geborenen Kinder gegenüber dem Jahr 2008. In diesem Zeitintervall stieg die Väterbeteiligung bundesweit von 21 % auf 23 %, mit besonders hohen Anteilen in Sachsen (30,3 %), Bayern (30,1 %), Berlin (29,3 %) sowie Thüringen (27,8 %) und eher geringen Messwerten in Bremen (18,2 %), Sachsen-Anhalt (18,7 %), Nordrhein-Westfalen (17,8 %) und im Saarland (13,5 %). Mehrheitlich (zu 75 %) werde das Elterngeld von Vätern nur für einen relativ kurzen Zeitraum von maximal zwei Monaten in Anspruch genommen. Die Höhe der Leistung orientiert sich am wegfallenden Nettogehalt und liegt bei maximal 1 800 Euro. Das Minimum von 300 Euro wird auch dann ausgezahlt, wenn kein vorhergehendes Einkommen vorliegt. Im ersten Halbjahr 2009 habe der Anspruch von Vätern mit durchschnittlich 1 168 Euro monatlich rund ein Drittel über demjenigen von Müttern (856 Euro) gelegen, die das Elterngeld mit über 96 % in beiden Berichtszeiträumen weitaus häufiger entgegennahmen. *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 1.12.2010*

► Ausbildung und Beruf

Weiterbildung zur Familienhebamme. Als erstes Bundesland in Deutschland führt Niedersachsen eine staatlich anerkannte Weiterbildung zur Familienhebamme beziehungsweise zum Familienentbindungspfleger ein. Familienhebammen betreuen schwangere Frauen, Mütter und ihre Kinder, wenn sie gesundheitlichen, medizinisch-sozialen oder psychosozialen Risiken ausgesetzt sind. Die Hebammenbetreuung endet nicht wie im Regelfall acht Wochen nach der Geburt, sondern kann bis zum vollendeten

ersten Lebensjahr des Kindes fortgesetzt werden. Erste Weiterbildungsgänge sollen ab April 2011 beginnen. Ansprechpartner sind sowohl der Hebammenverband Niedersachsen als auch die Stiftung „Eine Chance für Kinder“. *Quelle: Pressemitteilung des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration vom 29.11.2010*

Männliche Fachkräfte in Kindertagesstätten.

Hrsg. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Selbstverlag. Berlin 2010, 102 S., kostenlos *DZI-D-9345*

Hinsichtlich der geringen Anzahl beschäftigter männlicher Erziehender in Kindertagesstätten stellt sich die Frage nach den Ursachen dieses Ungleichgewichts und möglichen Ansätzen für eine politische Intervention. Diese Studie fasst die Befunde einer Erhebung aus den Jahren 2008 bis 2009 zusammen, in deren Rahmen Erziehende, Auszubildende, Leitungskräfte, Verantwortliche bei Trägern und Eltern zum Thema männlicher Fachkräfte in Kindertagesstätten und zu den wahrgenommenen Barrieren und Vorbehalten befragt wurden. Auf Grundlage der empirischen Ergebnisse erfolgen Handlungsempfehlungen zur Erhöhung des Männeranteils in der Elementarpädagogik durch Maßnahmen in Bereichen wie Berufsorientierung und Freiwilligendienst, Gleichstellung, Qualifizierung, Öffentlichkeitsarbeit und Forschung. Bestellanschrift: Publikationsversand der Bundesregierung, Postfach 48 10 09, 18132 Rostock, Tel.: 018 05/77 80 90, E-Mail: publikationen@bundesregierung.de

Erstmals Approbationsausbildung in systemischer

Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie. Das Institut für Systemische Familientherapie (ifs) hat als bundesweit erste Institution die staatliche Erlaubnis erhalten, systemische Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten auszubilden. Damit ist nach der Einstufung der Systemischen Therapie als wissenschaftlich anerkanntes Psychotherapieverfahren im Dezember 2008 nun auch eine Approbation in diesem Verfahren möglich. Die Ausbildung in systemischer Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie soll im Februar 2011 in Essen beginnen. Sie richtet sich an Absolventinnen und Absolventen psychologischer oder pädagogischer Studiengänge und führt zur Approbation, zur staatlichen Erlaubnis, Kinder und Jugendliche systemisch psychotherapeutisch zu behandeln. Bisher konnte die Approbation als Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut nur über eine Ausbildung in den Verfahren Verhaltenstherapie und Psychoanalyse beziehungsweise tiefenpsychologische Therapie erreicht werden. *Quelle: Pressemitteilung der Deutschen Gesellschaft für Systemische Therapie und Familientherapie vom 24.11.2010*

31.1.-1.2.2011 Berlin. Kongress des Bundesverbandes Managed Care e.V.: Neue Versorgungsformen auf dem Prüfstand – Impulse für ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem. Information: BMC e.V., Friedrichstraße 136, 10117 Berlin, Tel.: 030/280 944 80, E-Mail: bmcev@bmcev.de

7.-9.2.2011 Reinhausen bei Göttingen. Fortbildungsseminar: Hoffnungslose Fälle? Kompetenzen für den Umgang mit besonders herausfordernden Klienten. Information: Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V., Lützerodestraße 9, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/348 36-41, E-Mail: tschertner@dvjj.de

1.-4.3.2011 Berlin. Psychotherapie kann mehr: Kongress für Klinische Psychologie, Psychotherapie und Beratung der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie. Information: DGVT-Bundesgeschäftsstelle, Kongressreferat, Postfach 1343, 72003 Tübingen, Tel.: 070 71/94 34 94, E-Mail: kongress@dgvt.de

21.3.2011 Berlin. Frauenpolitische Fachtagung: Voller Einsatz für jede Rolle – Frauen und Männer im Ehrenamt. Information: dbb beamtenbund, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Tel.: 030/4081 4400, E-Mail: frauen@dbb.de

25.3.2011 Zürich. Konferenz: Engagement bewegt. Informelles Lernen junger Freiwilliger. Information: Engagement bewegt!, PHZ Zug, Zugerbergstraße 3, CH-6300 Zug, Tel.: 00 41/41 727 12 59, E-Mail: konferenz@engagement-bewegt.ch

31.3.-2.4.2011 Berlin. 16. Symposium Frühförderung 2011: exklusiv – kooperativ – inklusiv. Information: Vereinigung für interdisziplinäre Frühförderung e.V., Seidlstraße 18 a, 80335 München, Tel.: 089/54 58 98-27, E-Mail: symposium@fruehfoerderung-viff.de

31.3.-2.4.2011 Tübingen. 18. Workshoptagung der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT). Information: Bundesgeschäftsstelle der DGVT, Corrensstraße 44-46, 72076 Tübingen, Tel.: 070 71/99 34-0, E-Mail: dgvt@dgvt.de

11.-12.4.2011 Berlin. Fachtagung: Jobcenter von Kommunen und Arbeitsagenturen. Information: Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin, Tel.: 030/39 001-0, E-Mail: difu@difu.de